

06.12.2012 / Titel / Seite 1

NPD bald ohne Sponsoren

Rüdiger Göbel

Neun Jahre nach dem ersten Anlauf haben sich die Innenminister von Bund und Ländern für ein neues Verfahren zum Verbot der NPD ausgesprochen. Auf ihrer Herbsttagung in Rostock beschlossen die Ressortchefs einstimmig eine entsprechende Empfehlung an die Ministerpräsidenten, wie Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Lorenz Caffier (CDU) am Mittwoch unter der Losung »Die Demokratie ist wehrhaft« mitteilte. Die Ministerpräsidenten der Länder kommen heute in Berlin zusammen. Der Bundesrat könnte dann am 14. Dezember den offiziellen Beschluß fällen. Die bislang zögerliche Bundesregierung dürfte sich trotz mehrfach geäußerter Bedenken anschließen.

Über das Verbot der Faschisten muß das Bundesverfassungsgericht entscheiden. Die Innenminister haben laut dapd Material auf mehr als 1000 Seiten zusammengetragen, aus dem hervorgehe, daß die NPD verfassungswidrig darauf abzielt, »die freiheitliche demokratische Verfassungsordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen«. Die Dokumentensammlung reiche aus, um das aggressiv-kämpferische Auftreten der Neonazipartei auch nachweisen zu können. In der Nähe des Tagungshotels zeigte NPD-Chef Holger Apfel Präsenz. Er kam, sah und siechte, nur etwa 20 Sympathisanten seiner rechten Truppe waren ihm zum Protest gefolgt. Unklar ist, ob darunter auch bezahlte Agenten des Geheimdienstes waren bzw. wie viele.

Die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Ulla Jelpke, warnte denn auch: »Es muß schon nachdenklich machen, daß die meisten Innenminister nicht dazu bereit sind, eine Garantie dafür abzugeben, daß das Belastungsmaterial nicht durch Informationen von V-Leuten vergiftet ist. Angesichts des Agierens insbesondere der Verfassungsschutzbehörden sind zudem ernsthafte Zweifel angebracht, ob tatsächlich alle V-Leute wenigstens aus den Führungspositionen abgezogen worden sind.« Das erste Verbotsverfahren gegen die NPD war 2003 in Karlsruhe »wegen fehlender Staatsferne« gescheitert. Konkret, weil nicht klar war, was an Propaganda, Hetze und Terror von den Neonazis selbst kam und was von den Geheimdiensten.

Dazu paßt das Outing des früheren Erfurter NPD-Kreischefs Kai-Uwe Trinkaus. Der Neonazifunktionär bekundete kurz vor Beginn der Innenministerkonferenz, jahrelang als V-Mann für den Thüringer Verfassungsschutz gearbeitet zu haben. Zwischen 2006 und 2010 habe er regelmäßig Informationen unter dem Decknamen Ares an den Dienst geliefert, wie er dem MDR am Mittwoch berichtete. 1000 Euro gab's dafür pro Monat. Mit der Staatsknete habe er die Aktivitäten der NPD bezahlt. 2010 sei er dann »abgeschaltet« worden. Wie dapd berichtete, will Trinkaus eigenen Angaben zufolge 2007 auch einen Vertrauten in die Linke-Landtagsfraktion geschleust haben. Der Verfassungsschutz sei darüber informiert gewesen. Laut MDR-Bericht hat sich Trinkhaus nun selbst enttarnt, da seine V-Mann-Tätigkeit durch den Untersuchungsausschuß zur rechten Terrorgruppe »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) ohnehin bekanntgeworden wäre.

Die NPD erklärte am Mittwoch, das geplante Verbotsverfahren politisch nutzen zu wollen. »Wir freuen uns auf das Verfahren und sind sehr gespannt auf die Argumente der Gegner«, sagte Parteichef Apfel. Sein Stellvertreter Udo Pastörs bekundete, die NPD werde »auf dem Weg zum Verbot die Propaganda steigern«. Sollte sie in Karlsruhe kassiert werden, wollen die Neonazis in anderen Strukturen weiterarbeiten. Zunächst aber gehen ihnen Millionen Euro aus der staatlichen Parteienfinanzierung verloren.